Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 261 (1982)

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

solche Gewohnheiten stellt man selten in Frage. Ein anderer Grund könnte darin liegen, dass für Politiker das Fernsehen in erster Linie als Instrument der Ausweitung ihres Einflusses gesehen wird. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die Fernsehanstalten es bis anhin oft geschickt verstanden haben, die Ergebnisse der Medienforschung herunterzuspielen und selber nur sehr zögernd bereit sind, Untersuchungen über die Wirkungen ihres «Produktes» durchzuführen.

Aktuelle medienpolitische Probleme

Niemand wird bezweifeln, dass die Entwicklung der elektronischen Medien eine der tiefgreifendsten Veränderungen der Lebenswelt der Menschen darstellt. Bereits werden weitere, wie es vielfach heisst, revolutionäre Neuerungen angekündigt: Kabel-Fernsehen, Satelliten-Fernsehen, Zweiweg-Kommunikation. In der Öffentlichkeit wurde darüber bis anhin wenig gesprochen, und es hat den Anschein, als ob es den interessierten Kreisen gelingen würde, das technisch Machbare als unabänderliche Notwendigkeit darzustellen, an die man sich möglichst elegant und rasch anpassen soll. Alle Untersuchungen, in denen die Zusammenhänge zwischen dem Programmangebot und der Organisation bzw. der Trägerschaft des Fernsehens ermittelt wurden, ferner die praktischen Erfahrungen in den USA, in Japan, in Italien und Grossbritannien zeigen, dass überall dort, wo mit der Verbreitung von Fernsehsendungen ein kommerzieller Profit erzielt werden soll, der Anteil der Programme mit fiktiven Inhalten, also vorab der Anteil an sogenannten «actionprograms», d. h. Krimis, Western und ähnliches sowie an Serien mit seichten Handlungen sowie - soweit möglich — der Anteil an Sex-Filmen deutlich höher ist als bei einer gemeinwirtschaftlichen Trägerschaft. Vieles spricht darum dafür, dass wir gut daran tun, unsere Kräfte darauf zu richten, das bisherige System einer quasi öffentlich-rechtlichen Trägerschaft zu verbessern (und es gibt einiges, was besser werden soll und kann), als uns in das Abenteuer eines wildwüchsigen Kommerzfunkes zu stürzen.

Mehr noch, wir sollten die Freiheit haben und sie uns nötigenfalls schaffen, um eine Gestaltung unserer Medienlandschaft einzuleiten, die von weiten Kreisen verstanden und getragen wird, die an den Bedürfnissen der Menschen aller Altersgruppen orientiert ist, in der also das Machbare dem für die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung Wünschenswerten untergeordnet wird und nicht umgekehrt. Insbesondere bedarf es gründlicher Überlegung, was Medien- und Rundfunkfreiheit in Anbetracht der neuen technologischen Möglichkeiten bedeuten kann und soll. Aus diesen Erwägungen erachte ich den Zeitdruck, unter den die Antragsteller des Telsat-Projektes den Bundesrat und die Offentlichkeit gesetzt haben, für schlechterdings unannehmbar.



F

I

d

e

L

V

D

18

a

n

SI

H

B

ei

n

n

S

b

B

L

de

ho

pa

ch

H

te

Ei

VE

ar

So

ge

be